Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 138 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Dienstag, den 16. Juni | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In Nürnberg beschloß der Arbeitgeberverband der Holzindustrie mit allen Stimmen gegen zwei die Aussperrung aller Holzarbeiter und Schreiner in ganz Deutschland wegen Lohnforderungen.

* Das Pariser Blatt „Matin" macht abermals Angaben über den angeblichen Inhalt der Note Frankreichs an Deutschland über den Sicherheitspakt, über deren Eintreffen in Berlin die Angaben noch immer schwanken.

* Lloyd George sagte in einer Rede in Scarborough, der Versailler Vertrag sei an sich schon schwer genug, so daß eine weitherzige Auslegung gegenüber Deutschland am Platze wäre. Einen Sicherheitspakt allein zugunsten Frankreichs dürfe England nicht unterschreiben.

* In Warschau soll man einen Zollkrieg Polens mit Deutschland für unvermeidlich halten.

Schwierige innerpolitische Lage.

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns über die augenblickliche innerpolitische Lage geschrieben:

Nicht unbeträchtliches Aufsehen erregte in der Reichstagssitzung am Freitag die ziemliche Schärfe des Tones, den der Zentrumsabgeordnete Schreiber bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums anschlug. Es handelt sich dabei um eine Anregung des Reichsinnenministers Schiele im Reichstag einen besonderen Verfassungsausschuß zu schaffen und mit diesem eine Reihe verfassungsrechtlicher Fragen zu beraten. Die Vorschläge, die gemacht werden sollten, kamen praktisch auf die Revision der Verfassung in besonders umstrittenen Punkten heraus; wir nennen hier nur noch die Fahnenfrage, den § 18 der Reichsverfassung und andere Dinge. Schon im Ausschuß hatte sich derselbe Abgeordnete Schreiber sehr deutlich gegen diesen Regierungsvorschlag gewandt und hat seine Kritik nun in der Reichstagssitzung in noch deutlicherer Form wiederholt. Alle jene, die im Reichstag das parlamentarische Gras wachsen hören, fingen infolgedessen an, von einer Regierungskrise zu munkeln, besonders da das Zentrum auch in der Frage der landwirtschaftlichen Zölle starke Bedenken zum Ausdruck bringt.

Das Zentrum hat bekanntlich im Kabinett zwei Vertreter seiner Partei sitzen, den Reichsarbeitsminister Brauns und den Reichsjustizminister Frenken. Trotzdem wurde mehrfach Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß man nur solange hinter der Regierung stehen wolle, als das Kabinett eine vom Zentrum zu billigende Politik treibe. Es blieb nicht unbeachtet, daß namentlich in westlichen Zentrumskreisen nach Eintreffen der Entwaffnungsnote nun, wie man sich ausdrückte, es den Rechtsparteien überlassen wird, eine Verhandlungsbasis mit der Entente zu suchen. Das wäre die Aufgabe Stresemanns, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Unterstrichen wurde dabei, daß das Zentrum mit dem Kabinett nur lose verbunden sei, daß man von einer wirklichen Koalition aber nicht reden könne.

Derartige Äußerungen sind besonders deswegen wichtig, weil die Zollvorlage einen Gefahrenpunkt für das Bestehen des Kabinetts Luther zweifellos darstellt. Die Agitation gegen die landwirtschaftlichen Zölle findet gerade bei der westdeutschen Arbeiterwählerschaft des Zentrums mannigfaches Echo und erklärt den Widerstand mancher Zentrumsparlamentarier gegen die Zollvorlage. Das Kabinett ist sich dieser Schwierigkeiten natürlich bewußt. Da es aber erklärt, für die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen einen Zolltarif unbedingt haben zu müssen, und spätestens zum 18. Juli der Reichstag in die Ferien gehen will, bis dahin also die Vorlage erledigt haben soll, so versucht die Regierung vorher durch direkte Verständigung mit den Parteiführern die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Man will den Apparat einer überlangen Kommissionsberatung und heftigster Kämpfe im Plenum — ohne dabei über eine feste Mehrheit zu verfügen — vermeiden. Wenn man an die Debatten bei der letzten Beratung des Zolltarifs im Jahre 1902 denkt, — damals hielt bekanntlich ein sozialdemokratischer Redner eine elfstündige Oppositionsrede, — so läßt sich vom Standpunkt der Regierung aus gegen einen Versuch, eine Einigung hinter den parlamentarischen Kulissen herbeizuführen, gewiß nichts sagen. Der Reichskanzler konferierte deshalb bereits mit den Parteiführern. Die Hauptsache dabei ist freilich, ob der Versuch ebenso glückt, wie er in der Aufwertungsfrage geglückt ist. Daß die Opposition die größten Anstrengungen machen wird, diese Politik der Regierung zu durchkreuzen, ist natürlich ebenso selbstverständlich, übrigens nicht ganz aussichtslos, da das Verhältnis zwischen Zentrum und Deutschnationalen keineswegs ein übermäßig freundliches ist.

Das parlamentarische Leben in Deutschland, namentlich im demokratischen Deutschland, ist aber noch so jung, daß der Versuch, die Fraktionen geschlossen hinter die von ihren Führern gemachten Zusagen zu zwingen, jeden Tag noch scheitern kann. In England, namentlich aber in dem aus reinen Führerparteien bestehenden französischen Parlament, ist das ganz anders; hier gilt die Zusage der Führer für ihre ganze Partei zwingend. In Deutschland steht es nicht so und wir haben bei uns die Erscheinung nicht selten erlebt, daß ganze Teile, ja bisweilen sogar die Mehrheit von Regierungsparteien gegen Regierungsvorlagen stimmten, hinter denen doch ihre eigenen in das Kabinett entsandten Führer standen. Freilich sind dann diese parteipolitischen Dissidenten schließlich meistens genötigt worden, sich eines Besseren zu besinnen, um nicht etwa durch Festhalten an ihrer ursprünglichen Abstimmung das Kabinett und damit ihre eigenen Führer zu stürzen.

Diese Vorkommnisse unseres parlamentarischen Lebens bieten mit die Veranlassung dazu, daß sich die Regierung für die überaus kitzlige Frage der Zollvorlagen durch ein Übereinkommen mit den Parteiführern freie Bahn schaffen will; aber trotz dieser Zusagen wird sie Überraschungen im Parlament ausgesetzt bleiben und darum haben die Gerüchte im Parlament zwar unrecht, wenn sie von einer bevorstehenden Regierungskrise reden, recht aber damit, wenn sie behaupten, daß man der Regierung wohl mit Recht das Frundsberg-Wort zurufen kann: „Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang!"

Die Entwaffnungsnote liegt vor und die französische Antwort auf unsere Sicherheitsvorschläge ist im Eintreffen begriffen; die wirtschaftliche Lage spitzt sich zu und eine ganze Reihe innerpolitischer Probleme, nicht zuletzt die Aufwertungsfrage, sind in der Lösung begriffen. Eine Regierungskrise, die nichts anderes wäre als der Ausdruck einer Krise in der jetzt bestehenden Regierungskoalition, würde das alles außen- und innenpolitisch auf die lange Bank schieben. Außenpolitisch wäre es nicht von erheblicher Bedeutung, da selbst bei sofortiger und unbedingter Annahme eine Räumung der Kölner Zone doch erst nach Monaten geschehen würde. Wohl aber verbieten wirtschaftliche und innenpolitische Erwägungen zurzeit unbedingt eine solche Regierungs- und Koalitionskrise, die langwierig genug werden könnte, weil die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage ja außerordentlich ungewisse sind.

Vielleicht sind aber die gemutmaßten Gewitterwolken doch nichts anderes wie Schattenspiele an der Wand, weil die Zollvorlagen wohl zu einem ausgiebigen Kuhhandel benutzt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Ministerkonferenz vertagt.

Die von der Reichsregierung anberaumte Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder ist vom Reichskanzler Dr. Luther zunächst abgesagt worden. Das Reichskabinett hatte damit gerechnet, daß inzwischen die Sicherheitsnote überreicht wäre. Da aber diese Note erst in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen soll, ist die Besprechung mit den Ministerpräsidenten vorläufig vertagt worden.

Reform der Eisenbahntarife?

In Berlin tagte der Reichseisenbahnrat und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Tariffrage. Zu endgültigen Beschlüssen kam man noch nicht, obwohl der Abbau der Tarife von mehreren Seiten als notwendig bezeichnet wurde. Es wurde mitgeteilt, daß die Einnahmen der Reichseisenbahngesellschaft im Monat Mai trotz der 10%igen Personentariferhöhung und trotz des erheblich gesteigerten Pfingstverkehrs weit hinter dem Voranschlag zurückgeblieben seien. Das Manko sei ausschließlich auf das Konto des verringerten Güterverkehrs zu setzen.

Die Rentenbank-Kreditanstalt.

Die künftigen Aufgaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt schilderte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Kanitz im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Für die nächsten Jahre brauche die Landwirtschaft dringend Personalkredit. Es sei aber vorgesehen, das Personalkreditgeschäft der Rentenbank-Kreditanstalt auf eine gewisse Zeitdauer zu beschränken. Daneben soll der langfristige Realkreditverkehr gepflegt werden. Der Vertreter des Reichsrats erklärte, daß es den Ländervertretungen nicht angängig erschienen sei, im Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt den zentralen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Organisationen eine allein ausschlaggebende Stellung einzuräumen. Der Reichsrat sei vielmehr, in Übereinstimmung mit dem Reichsbankdirektorium, zu der Auffassung gelangt, daß die Zahl der vom Reichsrat zu bestellenden Mitglieder des Verwaltungsrats der Zahl der von der Anstaltsversammlung zu berufenden Personen entsprechen müsse. Damit solle insbesondere gesichert werden, daß bei der Geschäftsführung der Rentenbank-Kreditanstalt die allgemeinen volkswirtschaftlichen Belange wie die besonderen Belange der verschiedenen landwirtschaftlichen Gegenden und und landwirtschaftlichen Kreditinstitute hinreichend zur Geltung gebracht werden können.

Vorgesehene Ermäßigung von Kapital- und Börsensteuer.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde beschlossen, die Kapitalverkehrssteuer auf 4% zu ermäßigen sowie die Fusionssteuer auf 2% herabzusetzen. Betreffs der Börsenumsatzsteuer wurde beschlossen, die Steuer für die Umsätze von Aktien beim Kundengeschäft auf 0,3% und beim Händlergeschäft auf 0,7% festzusetzen. Zur Grunderwerbssteuer trat der Ausschuß den Vorschlägen der Reichsregierung bei, die im Regelfalle eine Belastung von 3% Reichssteuer nebst 2 bis 4% Zuschlägen, also eine Gesamtbelastung von 5 bis 7% ergeben.

Streitverfahren über ein Hohenzollern-Fideikommiß.

König Friedrich Wilhelm I. von Preußen hatte aus der Herrschaft Wusterhausen, dem Amte Niegripp, einigen Besitzungen im Mansfeldischen und einem größeren Kapital drei Fideikommisse für seine jüngeren Söhne gebildet, die später nach dem Aussterben von deren Nachkommen als sog. ewiges Fideikommiß an das Königshaus fielen. Nach 1918 wurde das Eigentumsrecht des Hohenzollernhauses an diesen Gütern bestritten. Es kam zum Prozeß, in dem das Landgericht Kottbus bezüglich der nach 1844 zu dem Fideikommiß gekommenen Güter zugunsten der Ansprüche, also für die Hohenzollern, entschied. Jetzt verhandelte das Landgericht Frankfurt a. O. über die Ansprüche des Staates Preußen an die alten Besitztümer, kam aber noch nicht zu einer Entscheidung. Diese soll vielmehr am 26. Juni gefällt werden.

Nochmals die französische Antwort.

Ihr angeblicher Inhalt.

Paris, 13. Juni.

Das Blatt „Matin" glaubt in der Lage zu sein, den Inhalt der von der französischen Regierung an die Reichsregierung zu richtenden Note, verglichen mit den deutschen Vorschlägen, wie folgt charakterisieren zu können.

1. Garantiepakt zwischen den am Rhein interessierten Mächten. Dieser Pakt ist nicht mehr auf dreißig Jahre beschränkt und die Möglichkeit eines Krieges durch Volksabstimmung ausgeschlossen. Dadurch unterscheidet sich der jetzige Vorschlag von den ehemaligen Vorschlägen des Kabinetts Cuno. Dieser Gedanke wird restlos in der französischen Note angenommen. 2. Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Vorschlag wird angenommen und vervollständigt durch den Vorschlag des Abschlusses eines deutsch-belgischen Schiedsgerichtsvertrags. 3. Schiedsgerichtsvertrag mit verschiedenen Staaten. Frankreich erklärt, daß Verträge dieser Art mit Polen und der Tschechoslowakei unerläßlich sind. Es wünscht hier als Garant aufzutreten und betrachtet dies als die Vorbedingung selbst für den Abschluß eines Sicherheitspaktes am Rhein. 4. Deutschland hat verlangt, daß die Vereinigten Staaten Schiedsrichter und Garanten dieser Pakte seien. Da Frankreich weiß, daß diese Einmischung in die europäischen Angelegenheiten der amerikanischen Politik zuwiderläuft, begnügt es sich damit, in seiner Note darauf hinzuweisen, daß es mit Freuden sehen werde, wenn die große amerikanische Nation an dem Sicherheitspakt sich beteiligen würde.

Das Blatt fügt dieser Inhaltsangabe noch hinzu, da Frankreich das Recht erhalten werde, die entmilitarisierte Zone bei einer Verletzung des zwischen Deutschland und Polen abzuschließenden Schiedsgerichtsvertrags zu überschreiten, begreife man nicht die Erregung der polnischen Presse.

*

Lloyd George als Mahner.

Der ehemalige englische Ministerpräsident Lloyd George, der Miturheber des Friedensvertrages von Versailles, erteilte in einer Rede in Scarborough den Alliierten einen ernsten Verweis über die Art, in der sie diesen Vertrag ausführten. „Welches ist der nächste Grund, der zu Unruhen führen kann?" fragte Lloyd George. „Es ist die pedantische und illiberale Ausführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Lloyd George betont weiter, daß Deutschland im wesentlichen die Vertragsbedingungen ausgeführt habe und fordert die sofortige Räumung Kölns, damit die Unterschrift, die er unter den Vertrag von Versailles im Namen Großbritanniens gesetzt habe, geachtet wird. Lloyd George warnt davor, daß England etwa dem Abschluß eines Sicherheitspaktes zustimme, um Frankreich die Möglichkeit zu geben, straflos Krieg mit Deutschland anzufangen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident v. Hindenburg hat auf die Einladung der Stadt Köln zur Teilnahme an der Jahrtausendfeier der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß es ihm zu seinem Bedauern unmöglich sei, persönlich zu erscheinen.

Berlin. Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten argentinischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Quintana zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen argentinischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Molina empfangen.

Düsseldorf. Der Rheinische Provinziallandtag hat den Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, mit 103 gegen 12 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Paris. Die deutsch-italienischen Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrages sind wieder aufgenommen worden.

Brüssel. Nachdem der katholische Demokrat Poullet infolge der Opposition des rechten Flügels seiner Partei im letzten Augenblick mit der Kabinettsbildung gescheitert ist, hat der König der Belgier gestern abend den Minister van de Vyvere zu sich berufen.

London. Das hiesige deutsche Generalkonsulat wird, wie „Daily Mail" erfährt, in die Nachbarschaft der deutschen Botschaft übersiedeln. Zu diesem Zwecke habe das Reich das an die Botschaft anstoßende Haus, Carlton House Nr. 8, übernommen.

Deutscher Reichstag.

(72. Sitzung.) CB. Berlin, 13. Juni.

In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums des Innern führte der Abg. Koch-Weser (Dem.) zunächst aus, daß das deutsche Volk es nur der

Weimarer Verfassung

zu verdanken habe, wenn es in den letzten Jahren nicht untergegangen sei. Jetzt sei es notwendig, die Verfassung nicht abzubauen, sondern auszubauen. Deutschland brauche jetzt eine Verwaltungsreform größten Stils, aber so mangelhaft vorbereitet sei noch nie eine Reformvorlage dem Hause zugegangen, wie diese. Wolle man mit der Verfassungsreform etwa die Volkssouveränität aufheben? Man müsse mindestens verlangen, daß in einer Denkschrift gesagt werde, welche Verfassungsreform eigentlich erstrebt würde. Der Redner wandte sich dann der bayerischen Denkschrift zu. Er unterstützte einige ihrer Forderungen, die sich gegen bureaukratische Zentralisation wenden, bekämpfte aber entschieden die Forderungen, die eine Schwächung der Reichsgewalt zugunsten der Länder wollten. Der Reichsminister des Innern hätte in schärfster Form die bayerische Zumutung zurückweisen müssen. Unter keinen Umständen dürfe das deutsche Volk jetzt durch eine neue Aufrollung der Flaggenfrage in heftige Kämpfe gestürzt werden. Die Demokraten verständen es und teilten die Empfindungen derjenigen, denen die schwarz-weiß-rote Flagge heilig sei als Symbol ruhmreicher Tradition. Heilig aber seien auch die Kämpfe für deutsche Einheit und Freiheit, die unter der schwarz-rot-goldenen Fahne nach den glorreichen Befreiungskriegen von der deutschen Jugend geführt wurden gegen den Widerstand der deutschen Fürsten. Der Abg. Koch-Weser kriti-

Ehrensingen:

1. Pr.	Quartett-Verein „Frohsinn" Halver	105	Pkt.
2. „	M.-G.-V. „Liedertafel" Heedfeld	98	„
3. „	„ „Teutonia" Ehringhausen	97	„
4. „	„ Oberbrügge	96	„
5. „	„ Lauenscheiderohl	95	„

Hauptehrensingen:

1. Pr.	Quartett-Verein „Frohsinn" Halver	103	Pkt.
2. „	M.-G.-V. Vollme	100	„
3. „	„ Heedfeld	96	„
4. „	„ Oberbrügge	94	„

Dirigentenpreis:
Frohsinn, Halver mit 208 Pkt. Dir.: Lehrer Lockemann.

Ein als Abschluß der Feier veranstalteter gemütlicher Ball, ließ auch die Tanzlustigen zu ihrem Recht kommen.

Kleine Nachrichten.

Beschlüsse des Reichstagshaushaltsausschusses.

Berlin, 14. Juni. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm die Hauptabstimmung über die zum Haushalt des Innenministeriums vorliegenden Anträge und Entschließungen vor. Es wurden u. a. Anträge angenommen, die Fahrpreisermäßigung für die Jugendfahrten wieder wie früher zu gewähren und den Verfassungsdrucken bei der Übergabe an die Schulentlassenen in Zukunft einen Auszug aus dem Versailler Vertrag anzufügen. Weiter wurde beschlossen, zur Hebung der Not der Junglehrer sechs Millionen Mark zu bewilligen.

Zu hohe Besteuerung von Grundstücksübertragungen.

Berlin, 14. Juni. Im Steuerausschuß des Reichstages wurde die erste Lesung des Gesetzentwurfes zur Änderung der Verkehrssteuer bewilligt. Der Ausschuß sprach sich dagegen aus, daß einige Länder und Gemeinden bei Grundstücksübertragungen für die Genehmigung Gebühren berechnen, die bis zu 1 % des Grundstückswertes betragen.

Stillegung von Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 14. Juni. Wie man erfährt, beabsichtigt die Deutsche Reichsbahngesellschaft, mehrere Werkstätten in Berlin, Breslau, Guben und Pieschen zu schließen. Ferner hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft in Aussicht genommen, die Werkstätten Arnsberg, Breslau 1 und Magdeburg-Buckau aufzugeben. Die Stillegung erfolgt, weil die Reichsbahngesellschaft aus Rentabilitätsgründen die Werkarbeit nach den modernen Werkstätten verlegt.

Der Streit um Prof. Lessing.

Berlin, 14. Juni. Die Deutsche Volkspartei hat im Preußischen Landtag eine große Anfrage eingebracht, die sich mit dem viel erörterten Aufsatz des Professors Dr. Lessing von der Hannoverschen Technischen Hochschule im „Prager Tageblatt" beschäftigt. Das Kultusministerium lehne ein Einschreiten gegen Dr. Lessing ab, obwohl dieser sich in einem zweiten Aufsatz über den Reichspräsidenten, die Hochschule, der er angehört und das Ministerium, dem er untersteht, lustig gemacht habe. Die Anfrage verlangt ein Disziplinarverfahren.

Milderung des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 14. Juni. Im Verfassungsausschuß des Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung aller noch in Kraft befindlichen Ausnahmebestimmungen behandelt. Innenminister Stützel erklärte, daß der Staatsregierung die Aufhebung des Ausnahmezustandes erwünscht sei. Augenblicklich aber könne die Straße für politische Betätigung nicht freigegeben werden. Dagegen solle eine Milderung in der Handhabung der Bestimmungen veranlaßt werden. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Das Redeverbot für Hitler bleibt.

München, 14. Juni. Auf eine völkische Anfrage im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages erklärte Minister Stützel, daß das Redeverbot für Hitler weiter bestehen müsse, da die Ursachen des Verbots noch heute vorhanden seien.

Gedenkfeier für Zeppelin.

Friedrichshafen, 14. Juni. In den ersten Tagen des Juli sind 25 Jahre vergangen, seitdem Graf Zeppelin die ersten Fahrten mit seinem Luftschiff unternahm. Der Luftschiffbau Zeppelin beabsichtigt, aus diesem Anlaß eine Gedenkfeier zu veranstalten, zu der Einladungen an eine Reihe von hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen und Wirtschaftslebens, der Wissenschaft und Technik ergehen werden. Aus besonderen Gründen wird diese Feier aber nicht Anfang Juli, dem eigentlichen Gedenktage, sondern erst Ende August stattfinden.

Tödliches Flugzeugunglück.

Frankfurt a. M., 14. Juni. Auf dem hiesigen Flugplatz am Rebstock stürzte ein Doppeldecker ab. Der Führer Riffler war sofort tot, der Begleiter Opecha wurde schwer verletzt in das städtische Krankenhaus gebracht.

Verbot der Jahrtausendfeier in Saarbrücken.

Saarbrücken, 14. Juni. Die Regierungskommission hat den aus Anlaß der Jahrtausendfeier der Rheinlande in Saarbrücken für den 20. Juni geplanten Fackelzug „aus Gründen der öffentlichen Ordnung" verboten, ebenso den am Rathaus für den 21. Juni vorgesehenen Festakt.

Verbot der Giftgase im Krieg.

Genf, 14. Juni. Das Protokoll der Waffenhandelskonferenz gegen den Giftgaskrieg, das ein Verbot des Giftgaskrieges und bakteriologischer Mittel zur Kriegführung „als nach allgemeiner Anerkennung dem Völkerbundrechte einverleibt" erklärt, dürfte von einer ganzen Reihe von Staaten bereits am Dienstag unterzeichnet werden, so zum Beispiel von der Delegation der Vereinigten Staaten, von der Schweiz, von Deutschland, Frankreich, England usw.

Der D-Zug Paris—Berlin verunglückt.

Maubeuge, 14. Juni. Der D-Zug Paris—Berlin Nr. 133, der 9,55 Uhr von Paris abgegangen ist, ist in der Gegend von Landrezy mit einem Güterzug zusammengestoßen. Der Gepäck- und der Postwagen wurden zertrümmert. Es gab einen Toten und fünf Verwundete, die sämtlich dem Postpersonal angehören.

Spanisches Geschwader nach Marokko.

Paris, 14. Juni. Dem spanischen Nordafrika-Geschwader in Algeciras ist befohlen worden, sich zum Auslaufen nach der marokkanischen Küste vorzubereiten. Es besteht aus Kreuzern, Torpedobootszerstörern, Torpedobooten und Flugzeugmutterschiffen.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 13. Juni.

* Börsenbericht. An den Sonnabenden fällt bekanntlich während der Sommermonate der offizielle Börsenverkehr aus. Am Wochenschluß war im Effektenfreiverkehr die Tendenz wieder vorwiegend schwach. Die genannten Kurse hielten sich durchweg unter den Schlußnotierungen der letzten offiziellen Börse. Von einem irgendwie nennenswerten Geschäft war nicht die Rede. Kriegsanleihe wurde bis auf 0,350 Prozent heruntergesprochen.

* Nutz- und Zuchtviehmarkt Berlin-Friedrichsfelde. Der Auftrieb auf dem Magerviehhof Berlin-Friedrichsfelde war am 12. Juni größer als vor 8 Tagen. Es waren aufgetrieben 946 Stück Milchkühe, 2 Zugochsen, 26 Bullen, 21 Stück Jungvieh und 266 Kälber. Das Geschäft schleppend. Es notierten: Milchkühe und hochtragende Kühe 1. Qual. 400—500, 2. Qual. 280—400, 3. Qual. 200 bis 280; Färsen 1. Qual. 250—400, 2. Qual. 260—280 Rm. per Stück; Zugochsen 45—50 M. per Zentner Lebendgewicht. Jungvieh zur Mast 33—40 M. per Zentner Lebendgewicht. Für Nutz- und Zuchtzwecke nicht mehr geeignete Ware wurde in der Preislage von 33—40 M. per Ztr. Lebendgewicht gehandelt. Auf dem Pferdemarkt verlief das Geschäft ebenfalls ruhig. Es standen 669 Stück Pferde zum Verkauf, die wie folgt gehandelt wurden: 1. Klasse 1000—1400, 2. Klasse 800—1000, 3. Klasse 500—800, 4. Klasse 200—500 Rm. per Stück.

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Auftrieb: Rinder 2568, darunter Bullen 771, Ochsen 495, Kühe u. Färsen 1302; Kälber, 1964 Schafe 9231, Schweine 8206, Ziegen 53, Schweine aus dem Ausland 209. — Preise: Ochsen: a) 57—60, d) 50—55, c) 44 bis 48, d) 36—40, Bullen a) 56—58, b) 50—54, c) 43—48, Kühe und Färsen: a) 53—58, d) 42—48, c) 33—38, d) 25—30, e) 20 bis 23, Fresser 38—44, Kälber a) —, b) 65—73, c) 55—62, d) 48 bis 52, e) 40—46, Stallmastschafe a) 50—58, b) 36—45, c) 20—30, Schweine a) —, b) 73—74, c) 71—72, d) 69—70, e) 66—68, f) bis 65, Säue 65—67, Ziegen 17—20. — Marktverlauf:

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Von langem, schwerem Leiden hat Gott meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Clara Herberg

geb. **Gesenberg**

im Alter von 32 Jahren 6 Monaten sanft erlöst.

Wilh. Herberg
Familie Gust. Gesenberg

Ahe u. Oberbuschhausen, Eichhofen und Osterath, den 13 Juni 1925.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. Juni, nachm. 2 Uhr vom Elternhause in Oberbuschhausen aus statt.

50 Mk. Belohnung

demjenigen, der den Schießer unserer Brieftauben so angibt, daß seine gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

Brieftaubenverein „Heimkehr" Halver.

Feder-Hämmer Fall-Hämmer — ELLENDER — Landwirtschaftl. Maschinen

Transmissionsanlagen Holzriemscheiben

erstklassige Ausführung, in allen Dimensionen sofort oder schnellstens lieferbar.

Großes Lager in Holzriemscheiben.

E. u. H. Eicker,
Oberbrügge-Ehringhausen,
Fernsprecher 159 Amt Halver.

Mit vollem Recht

wünscht das Publikum in der heutigen Zeit der Geldknappheit

billige Preise und doch gute Qualitäten

Ich gebe Sie Ihnen!

Herren-Stiefel echt Chevr. Lackkappe Derbyschnitt	8.50	**Damen-Halbschuh** Schnür u. Spange solide Ausführg. Mk. 8.50	6.50
Herren-Stiefel Rindbox besonders kräftige Lederausführung	9.50	**Damen-Spangenschuh** braun R.-Chevr. moderne Gitterspange	9.50
Herren-Halbschuh mod. Form solide Qualität schw. und braun 12.50 11.50	9.75	**Damen braune Halbschuhe** echt Boxcalf und Chevr. Restpaare	8.90
Herren-Stiefel braun Rindbox schöne dunkle Farben rein Lederausführg.	12.50	**Damen-Lackschuhe** I u. II u Gitterspange i. mod. Ausf. 16.50 14.50 13.75	11.50
Herren-Stiefel braun Boxcalf elegante Formen	15.50	**Knaben u. Mädchenstiefel** kräftige Lederausf. holzgenagelt 31-35 6.50 27/30	5.75
Herren-Arbeitsschuhe Rindleder rein Lederausf. mit u. ohne Nägel	9.75	**Kinder-Stiefel** braun mit Lackringsbesatz 20-22 3.95, 13/20	3.50
Gamaschen schwarz u. braun ohne Naht	7.90	Besonders billig **Sandalen** schwarz 38/42 3.95 31/35 3.50 27/30	2.95

Ferner grosse Auswahl in sämtlichen **Luxusartikeln,** wie Lack- braun und zweifarbigen Lederarten mit Block- und geschweiftem Absatz zu bekannt billigen Preisen.

Das Besichtigen meines Schaufensters ist unbedingt lohnenswert.

Schuhhaus Benno Rosenblum
vorm. S. Löw Lüdenscheid, Altenaerstr. 2.

Danksagung.

Für die vielseitige Teilnahme anläßlich unser **Goldenen Hochzeit** *und für die vielen Glückwünsche aus Nah und Fern, sowie auch der Liedertafel, Halver sagen wir hiermit allen* **herzlichen Dank.**

Friedr. Grüber u. Frau.

Hebetermine

für **Grundvermögens-, Hauszins-, Gewerbesteuer usw.** findet statt in **Schalksmühle** am Donnerstag, den 18. Juni 1925, vormittags von 8—11,30 Uhr in der Verwaltungsgeschäftsstelle in Schalksmühle, Bahnhofstr. 5.

Das Kassenlokal in Halver bleibt an diesem Tage geschlossen.

Halver, den 13. Juni 1925.

Der Amtmann.

Sitzung
d. Gemeindevertretung Schalksmühle
am Donnerstag, den 18. Juni 1925, vorm. 10 Uhr im Gasthause Schulz, Schalksmühle.

Halver, 13 Juni 1925.

Der Amtmann.

Schützengesellsch. Halver.

Mittwoch, 17. Juni cr. abends 8½ Uhr
Gen.-Versammlung im **Gasthof zur Post.**

Tagesordnung:
1. Medaillenschießen.
2. Festangelegenheit.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.





Fahrräder u. Nähmaschinen sowie deren Ersatz- u. Zubehörteile kauft man vorteilhaft zu bequemen Zahlungsbedingungen bei

Wilhelm Diebel,
Kierspe-Bahnhof.
— Reparaturen prompt und billigst. —

Suche für sofort od. 1. Juli sauberes, zuverlässiges

Mädchen.

Frau H. Asbeck,
Oberbrügge.

Auf Lager vorrätig:
Speisekartoffeln
Futterhafer,
Mais, Maismehl,
Gerste, Gerstenmehl,
Futterweizen,
Pferdehäcksel,
Pferdemelasse,
Kochsalz, Viehsalz,
Saatwicken,
Riesenspörgel

C. Zimmermann,
Ohl-Rönsahl.

Taschen-Fahrpläne
der Reichsbahndirektion Elberfeld.
Ausgabe 5. Juni 1925.
Zu haben bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Habe **Gift** gelegt, und mache die **Hühnerbesitzer** hierauf aufmerksam

Otto Schmidt,
Limburg

Tapeten

die neuesten Muster zu billigsten Preisen sind vorrätig bei

W. Bordfeld,
Schalksmühle.

„Haus zur Fuhr" Halver.

Empfehle
Münchener Paulaner-Bräu (dunkel)
Münchener Thomas-Bräu (hell)
Andreas Edel Pilsener
Weine in großer Auswahl. :: Vorzügliche Küche.